

Fragen

**für die Fragestunde der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. November 2014**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20	Korte, Jan (DIE LINKE.)	35, 36
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	7, 8	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 14
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 17	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	18, 19	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	2
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	25
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	40	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.)	30, 31
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	23, 24	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	43, 44
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	26, 27	Renner, Martina (DIE LINKE.)	34
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	21, 33	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	38, 39
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	22	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)	41, 42		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung aktive oder ehemalige Bundeswehrangehörige bzw. Reservistinnen und Reservisten, die ein taktisches Training oder eine Produkteinweisung der Centurio-Group absolviert haben, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über ehemalige und aktive Bundeswehrangehörige, die als Ausbilder an einem taktischen Training oder einer Produkteinweisung der CenturioGroup teilgenommen haben oder teilnehmen?

2. Abgeordnete
**Katrin
Kunert**
(DIE LINKE.) Aus welchen Bundesländern stammen die derzeit in einem Dienstverhältnis bei der Bundeswehr stehenden Soldatinnen und Soldaten, die an Auslandseinsätzen der Bundeswehr teilgenommen haben bzw. aktuell an Auslandseinsätzen der Bundeswehr teilnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

3. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung ihre dem Entwurf für die neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn AG (DB AG; LuFV II) zugrunde liegenden Dividendenzahlungen durch die DB AG für realistisch, obwohl die tatsächliche Dividendenzahlung für das Jahr 2013 deutlich geringer als erwartet ausfiel (vgl. Handelsblatt vom 13. März 2014), und sinken die in der LuFV II vorgesehenen Beträge des Bundes für die Ersatzinvestitionen an die DB AG, wenn die Dividendenerwartung nicht erfüllt wird?

4. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Weshalb sieht der Entwurf für die LuFV II vor, dass wesentliche Aspekte bei den Bahnhöfen nicht jährlich in Form von Qualitätskennziffern bewertet werden sollen, sondern nur alle zwei Jahre (Fahrtreppen), alle drei Jahre (Hallen, Dächer, Bahnsteige und Unterführungen) oder alle vier Jahre (Beleuchtungsmasten), obwohl die Zahlungen des Bundes an die DB AG jährlich erfolgen sollen und bei einer Laufzeit der neuen LuFV II von fünf Jahren manche Qualitätsmerkmale dann nur ein- oder zweimal erhoben werden?

5. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchen prozentualen Anteilen an Pendlern, Geschäftsreisenden und Privatreisenden geht das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) bei der Errechnung der Einnahmen aus der geplanten Infrastrukturabgabe aus, und auf wie viele Fahrzeuge verteilen sich nach Schätzung des BMVI die 130 Mio. Ein- und Durchfahrten (siehe DIE ZEIT vom 6. November 2014 in „Wer liegt daneben“)?
6. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Fahrzeuge erwerben in der Schätzung des BMVI zur Errechnung der Einnahmen aus der geplanten Infrastrukturabgabe eine 10-Tages-Vignette für 10 Euro, eine 2-Monats-Vignette für 22 Euro, eine Jahresvignette, und wie hoch sind die geschätzten Einnahmen aus der von Ausländern erworbenen Jahresvignette?
7. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist es rechtlich abgesichert, dass in dem vom Bundeskabinett am 5. November 2014 beschlossenen Gesetzentwurf für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes ein einheitlicher Mautteilsatz für die verursachten Luftverschmutzungskosten gleichermaßen für alle Lkw-mautpflichtigen Fahrzeuge gilt, somit zukünftig also ein 7,5-Tonnen-Lkw den gleichen Aufschlag zu zahlen hat wie ein 40-Tonnen-Lkw (bitte begründen), und inwieweit teilt die Bundesregierung die in seiner schriftlichen Stellungnahme zum Gesetz geäußerten Bedenken des Bundesverbandes Güterkraftverkehr und Logistik (BGL) e. V., dass durch die geplante neue Differenzierung des Mautteilsatzes für die Infrastrukturkosten zwischen vier- und fünfsichtigen Fahrzeugen ein fataler, weil sich selbst finanzierender Anreiz zur Umrüstung des Fuhrparks von fünf- zu vierachsigen Fahrzeugen entsteht, was angesichts der im Vergleich zu den beschlossenen, ab dem 1. Januar 2015 geltenden Mautsätze (0,131 Euro pro Kilometer) mit dem geplanten neuen Mautteilsatz für vierachsige Lkw (0,117 Euro pro Kilometer) erhebliche Mindereinnahmen zur Folge haben könnte?
8. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Haften die Gesellschafter der Toll Collect GmbH für Schadenersatzansprüche aus dem Schiedsverfahren I (bis zu 7 Mrd. Euro; bitte begründen), und sollte ein derartiger Haftungsdurchgriff in den Betreibervertrag nicht implementiert sein, welchen Einfluss hätte dies auf eine Neuausschreibung der Anteile der Toll Collect GmbH z. B. nach dem Ziehen der Call Option, wenn Toll Collect GmbH dann in Milliardenhöhe belastet wäre?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

9. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Maßnahmen wirkt die Bundesregierung darauf hin, dass die Marktstabilitätsreserve doch schon im Jahr 2017 eingeführt wird, wie von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, in der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag vom 6. November 2014 erklärt wurde?
10. Abgeordneter
**Christian
Kühn**
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Brandtests an Dämmstoffen, die die Bauministerkonferenz in Auftrag gegeben hat und die „SPIEGEL ONLINE“ und der NDR am 5. November dieses Jahres veröffentlicht haben (www.spiegel.de/wissenschaft/technik/waermedaemmung-an-haeusern-erhoehte-brandgefahr-durch-styropor-a-1001121.html und www.ndr.de/nachrichten/Meistverbauter-Daemmstoff-ist-brandgefaehrlich,wuermedaemmung224.html)?
11. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den jeweiligen Planungsstand der Bundesländer bezüglich der Ausweitung der Planungszonen für den nuklearen Katastrophenschutz (falls bekannt, bitte mit zeitlicher Angabe der Meilensteine), und wie ist zwischen Bund und Ländern inhaltlich der aktuelle Stand ihrer „Gespräche über die in der Empfehlung der Strahlenschutzkommission vorgesehene Vorbereitung der Jodblockade für Schwangere und Kinder“ (bitte mit zeitlicher Angabe der künftigen Meilensteine; vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 35, Plenarprotokoll 18/62 Anlage 19)?
12. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Äußerungen des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, zur Verschiebung des Klimaziels von 40 Prozent von 2020 auf 2025 wonach „es zumindest debattierwürdig [ist], ob das Ziel nicht falsch gesetzt ist“ (siehe www.tagesspiegel.de/politik/energie-wende-streit-um-das-deutsche-klimaziel-bis-2020/10934146.html), und mit welchen konkreten Maßnahmen will sie das 40-Prozent-Ziel erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

13. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem am 4. November 2014 vorgestellten 2. Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) der Übertragungsnetzbetreiber (hier insbesondere Korridor C+D), und in welchem Maße wird es nach Auffassung der Bundesregierung noch zu Änderungen am Ende des Energiedialogs „Plattform Energie Bayern“ kommen, in dem es u. a. heißt „[d]ie bayेरische Stellungnahme wird von der Bundesregierung berücksichtigt werden“ (siehe www.bayern.de/Pressemitteilungen-1255.10503117/index.htm)?
14. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Zeitplan der Bundesregierung zur Erarbeitung der Erweiterung des 6. Energieforschungsprogramms, und welche konkreten Schritte sind diesbezüglich bereits unternommen worden?
15. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung bereits Gespräche mit der Energiewirtschaft und den Gewerkschaften über das perspektivische Ende der Kohleverstromung in Deutschland und den Übergang zu einer auf erneuerbaren Energien beruhenden Stromversorgung geführt, und wenn nein, warum nicht?
16. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Berechnungen darüber erstellen lassen, welchen Beitrag zum Klimaschutz eine vorzeitige Abschaltung der ältesten Kohlekraftwerke sowie ein CO₂-Grenzwert haben würden, und wenn ja, wie hoch wäre dieser (in Mio. t CO₂)?
17. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, angekündigte „Clearingstelle“ für Dual-Use-Güter ihre Arbeit aufnehmen (vgl. Reuters, 16. Oktober 2014), und wie konkret unterscheiden sich die damit verbundenen Entscheidungsverfahren zu den derzeitigen Verfahren (bitte umfassend darstellen)?

18. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wann wurde die im Jahr 2012 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie genehmigte Ausfuhr von 20 vollautomatischen Maschinenpistolen, Kaliber 9 mm vom Typ „Solid 2“ nach Saudi-Arabien, die die „Royal Guard“ des Königreichs zum Zweck von Tests und Erprobung erhalten sollte (www.spiegel.de/spiegel/print/d-129568345.html), realisiert, und inwieweit ist es infolge der nach meinen Informationen im Jahr 2012 von der Waffenfirma Sch. angekündigten möglichen Lieferung von bis zu 40 000 Waffen mit einem Auftragsvolumen von rund 48 Mio. Euro nach Saudi-Arabien zu entsprechenden Exportgenehmigungen gekommen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

19. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die von der ukrainischen Regierung geplante Befestigungsanlage (u. a. Art, Verlauf, Gesamtkosten, beauftragte Unternehmen) an der Grenze zu Russland, und kann die Bundesregierung die Aussage des ukrainischen Premierministers vom 15. Oktober 2014 bestätigen, dass die Europäische Union 20 Mio. US-Dollar für die Konstruktion der Mauer – die angeblich eine Stahlmauer sowie Wachtürme umfassen soll – bereitgestellt habe (www.thedailybeast.com/articles/2014/10/27/the-great-wall-of-ukraine.html)?
20. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Gesetzgebung der selbsternannten, so genannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk bezüglich so genannter nicht traditioneller sexueller Orientierung, und wurden nach Kenntnis der Bundesregierung homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen unter Strafe gestellt?
21. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie ist der genaue Zeitplan der Bundesregierung für die Ratifizierung der Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit der Ukraine, Moldawien bzw. Georgien, und welche Untersuchungen über die Auswirkungen der Abkommen in den drei Ländern (insbesondere über wirtschaftliche und soziale Aspekte sowie die Gefahr von Deindustrialisierungsprozessen) liegen der Bundesregierung vor, um die Konsequenzen der Anwendung bewerten zu können?

22. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen hinsichtlich der politischen Orientierung der ukrainischen Sicherheitskräfte zieht die Bundesregierung aus der Ernennung des Vizekommandeurs des rechtsextremen Asow-Bataillons, Wadim Trojan, zum Chef der Miliz des Oblast Kiew, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für ihre Beteiligung an der EU-Polizeimission in der Ukraine?
23. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Aufgaben beim Aufbau eines zivilen Sicherheitssektors bekommt Kolumbien in dem am 17. Oktober 2014 bewilligten Einsatzplan (OPLAN) für die GSVP-Mission EUAM Ukraine, der dem Rat der Europäischen Union zur Billigung vorgelegt werden soll (I/A-Punkt-Vermerk vom 16. Oktober 2014)?
24. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist es der Bundesregierung bekannt, dass der ukrainische Innenminister Arsen Awakow am 4. Januar 2014 den Vizekommandeur des Freiwilligenbataillons Asow, Wadim Trojan, zum Chef der Miliz des Gebietes Kiew ernannt hat, der Mitglied der extrem rechten Partei „Patrioten der Ukraine“ ist, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, vor dem Hintergrund, dass insbesondere der extrem rechte ukrainische Freiwilligenverband Asow beispielsweise durch Amnesty International im September 2014 wegen schwerer Verbrechen in die Kritik geraten ist (www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=sw&dig=2014%2F11%2F05%2Fa0080&cHash=6fb273dd4d854e2e51c4e539f249d6ae)?
25. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Gegenüber welchen Regierungsvertretern hat die Bundesregierung die USA „fortgesetzt“, „eindringlich“, „mit Nachdruck“ oder „fortgesetzt eindringlich“ bis heute erfolglos gemahnt (vgl. die Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen auf den Bundestagsdrucksachen 18/3112 und 18/2794), einen im April 2014 versandten Fragenkatalog zur Rolle von US-Standorten in Deutschland bei US-Drohnenangriffen aufzuklären (um eine Nachverfolgung und ggf. eigene Kontaktaufnahme durch den Deutschen Bundestag zu ermöglichen, bitte den Namen und Dienort der Regierungsvertreter sowie das Datum der jeweiligen Ansprache mitteilen), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem sich nach ihrer Darstellung „wider Erwarten innerhalb der USA weiter hinziehenden Beantwortungsprozess“ (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/2938)?

26. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe gab es für die Bundesregierung, gegen die von Argentinien und weiteren Staaten eingebrachte Resolution für die Schaffung eines geordneten Staateninsolvenzverfahrens in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 9. September 2014 sowie gegen die „Hedgefonds-Resolution“ auf der zwei Wochen danach stattfindenden Tagung des VN-Menschenrechtsrates in Genf zu stimmen (vgl. junge Welt vom 1. Oktober 2014)?
27. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung durch ihr Abstimmungsverhalten die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Argentinien belastet, und was wird die Bundesregierung tun, um Argentinien in der Auseinandersetzung mit den US-Hedgefonds zu unterstützen?
28. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist die bei der internationalen Konferenz zur syrischen Flüchtlingskrise zugesagte Mittelerhöhung für humanitäre Hilfe im Ausland für 2014 konkret gegenüber der bisherigen Zahl von 387 Mio. Euro?
29. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen sachlichen Grund hat die Bundesregierung angesichts der aktuellen humanitären Großkrisen (Irak-Konflikt, Gaza-Krieg, Ebola-Krise, Syrien, Südsudan und Zentralafrikanische Republik), den Titel „Humanitäre Hilfe im Ausland“ um 38 Prozent im Haushalt 2015 zu kürzen?
30. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Über welche eigenen Erkenntnisse, Mitteilungen aus EU-Ratsarbeitsgruppen oder sonstige Informationen verfügt die Bundesregierung zu Berichten, wonach libysche Milizen Fluchthelfer bedrohen, angreifen und bestehlen (taz.die tageszeitung vom 5. November 2014), und inwiefern kann oder will sie ausschließen, dass die Milizen nicht zuvor vom EU-Programm EUBAM ausgebildet worden waren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

31. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Angaben kann die Bundesregierung zu drohenden Landeverboten deutscher Airlines in Großbritannien und Mexiko machen, die von den Regierungen angedroht werden, weil deutsche Fluglinien nicht in ausreichendem Maße Flugpassagierdaten bereitstellen (The Guardian, 5. November 2014, www.heise.de, 31. Oktober 2014, bitte erläutern, welche Daten bereits geliefert bzw. nach Angaben beider Regierungen noch nicht geliefert wurden), und welche Schritte wurden (auch auf EU-Ebene) eingeleitet, um die Maßnahmen zu verhindern oder wenigstens aufzuschieben?
32. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass die Software GnuPG, auf die nahezu alle freien und für Bürger und Unternehmen frei zugänglichen, vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) auf seiner Website als besonders sicher empfohlenen, asymmetrischen Verschlüsselungsverfahren für E-Mails aufbauen, von einer Einzelperson in Düsseldorf allein auf Spendenbasis betreut und gewartet wird (Linux-Magazin 08/2014), und ist die Bundesregierung angesichts der auch von ihr selbst anerkannten, allgemeinen Bedrohung der Datensicherheit der Gesamtbevölkerung und der deutschen Wirtschaft durch massenhaften Datendiebstahl, begangen von Unternehmen oder Geheimdiensten fremder Mächte, bereit, eine nachhaltige Finanzierung und bessere personelle Ausstattung der Betreuung und Wartung dieser Software zu unterstützen, etwa durch Förderung über das BSI?
33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten inhaltlichen Angaben kann die Bundesregierung hinsichtlich der auf dem Treffen der G6-Innenminister mit US-Ministern in Paris besprochenen „Weiterentwicklung europäischer Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Thema ‚Foreign Fighters‘ sowie die damit einhergehende Frage hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Radikalisierung durch das Internet“ machen (Mitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 6. November 2014; bitte angeben, welches „gemeinsame Vorgehen“ verabredet wurde und wer für welche Vorhaben verantwortlich zeichnet), und welche ähnlichen Verabredungen wurden auf einem „Arbeitstreffen“ von Innenministern aus Österreich, Deutschland, der Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg zu „terroristischen Onlineaktivitäten“ getroffen, über das bislang nach einer Mitteilung des

Innenministeriums von Österreich vom 27. Oktober 2014 nur bekannt ist, dass ein „Workshop zur Erarbeitung von Präventionsvideos“ geplant ist und die österreichische Innenministerin veranlasste, mit dem Internetkonzern Google zu erörtern, wie „terroristische Inhalte möglichst rasch aus dem Internet genommen werden [können], um keinen Keim zu säen“?

34. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Gegenvorschläge sind von der Regierung in Kairo auf einen deutschen Entwurf eines Polizeiabkommens mit Ägypten eingegangen (Bundestagsdrucksache 18/2719), und wie wird die Bundesregierung darauf inhaltlich reagieren (sofern dies noch nicht endgültig festgelegt ist, bitte die aus Sicht der Bundesregierung kontroversen Punkte darlegen)?
35. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Inwiefern werden auch von Bundesbehörden in Datenbanken so genannte ermittlungsunterstützende Hinweise gespeichert oder verarbeitet (Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 17/14642), und auf welche technische, organisatorische und inhaltliche Weise werden diese von personengebundenen Hinweisen abgegrenzt?
36. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise arbeiten deutsche Sicherheitsbehörden derzeit mit der türkischen Regierung bzw. Sicherheitsbehörden bei in der Türkei neu zu installierenden Systemen zur Grenzsicherung bzw. Grenzkontrolle und zum Grenzmanagement zusammen (bitte auch aufführen, worin Leistungen etwaiger „Twinning-Projekte“ bestehen), und welche Angaben sind der Bundesregierung diesbezüglich zu Herstellern und Funktionalitäten der genutzten Systeme bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

37. Abgeordneter
Dr. Thomas Gambke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie geht die Bundesregierung mit den Informationen des internationalen Konsortiums investigativer Journalisten über die so genannten Tax Rulings zwischen den Luxemburger Steuerbehörden und deutschen Unternehmen um (vgl. www.sueddeutsche.de vom 6. November 2014 „Ärger im Steuer-Märchenland“), und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

38. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche Staaten haben bisher die multilaterale Vereinbarung zur Einführung des neuen OECD/G20-Standards für den automatischen Austausch von Steuerinformationen (Multilateral Competent Authority Agreement on Automatic Exchange of Financial Account Information) nicht unterzeichnet, aber dennoch signalisiert, an diesem Informationsaustausch teilnehmen zu wollen, und auf welche steuererheblichen Informationen bezieht sich der neue Standard?
39. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung Änderungsbedarf bei der steuerlichen Behandlung von Kosten für die Erstausbildung, nachdem der Bundesfinanzhof mit seinen Beschlüssen vom 17. Juli 2014 (VI R 2/12, VI R 8/12) dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorgelegt hat, ob das Abzugsverbot von Erstausbildungskosten als Werbungskosten mit dem Grundgesetz vereinbar ist, und welche fiskalischen Mindereinnahmen ergeben sich, wenn Berufsausbildungskosten für die Erstausbildung vollständig als Werbungskosten abzugsfähig wären?
40. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt rechnet die Bundesregierung, sollte sich das Bundesverfassungsgericht der Auffassung des Bundesfinanzhofs anschließen, dass der gesetzliche Ausschluss von Kosten der Erstausbildung von den Werbungskosten verfassungswidrig ist (Beschlüsse vom 17. Juli 2014, VI R 2/12, VI R 8/12)?
41. Abgeordnete
Susanna Karawanskij
(DIE LINKE.)
- Wie kann bei einer Integration des Solidaritätszuschlags (SolZ) in den Einkommensteuertarif berücksichtigt werden, dass nach derzeitiger Rechtslage bei der Ermittlung des SolZ die Freibeträge für Kinder stets zu berücksichtigen sind, hingegen bei der Berechnung der Einkommensteuer im Rahmen der Veranlagung eine Günstigerprüfung zwischen Kindergeld und Steuererminderung durch die Freibeträge für Kinder erfolgt, und inwieweit kann bei der Integration des SolZ in den Einkommensteuertarif die bisherige Freigrenze des SolZ berücksichtigt werden?
42. Abgeordnete
Susanna Karawanskij
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung noch in diesem Jahr den Kinderfreibetrag anheben, um die verfassungsrechtlich gebotene Freistellung des Existenzminimums von Kindern bei den Eltern steuerlich zu berücksich-

tigen (vgl. Neunter Existenzminimumbericht aus dem Jahr 2012), und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung zur Einführung eines gestaffelten Freibetrags für Alleinerziehende bisher unternommen?

43. Abgeordneter
**Richard
Pitterle**
(DIE LINKE.)

Welche fiskalischen Mehreinnahmen entstehen, wenn Gutscheine von Arbeitgeberinnen bzw. -gebern an Arbeitnehmerinnen bzw. -nehmer, die auf einen Geldbetrag lauten und zum allgemeinen Bezug aus einem Warensortiment bis zum Wert von 44 Euro pro Monat berechtigen, nicht mehr in den Anwendungsbereich der Sachbezüge nach § 8 Absatz 2 Satz 11 des Einkommensteuergesetzes (EStG) einbezogen werden, und befürwortet die Bundesregierung eine derartige Änderung bei der Besteuerung von Gutscheinen?

44. Abgeordneter
**Richard
Pitterle**
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die aktuelle Regelung des § 50i EStG Familienunternehmen in Deutschland schadet, weil sie die Sammlung von internationalen Erfahrungen der nächsten Unternehmergeneration bei Dritten und/oder im eigenen Unternehmen erschwert und damit die notwendige Internationalisierung der Nachfolgegeneration behindert, und beabsichtigt die Bundesregierung, deswegen gesetzliche Änderungen vorzunehmen?

